

Mobility-Pricing wirft Fragen auf

RAPPERSWIL-JONA Was bringt Mobility-Pricing in Rapperswil-Jona? Diese Frage stellen sich Politiker, Gewerbe und Verkehrsplaner, seit Bundesrätin Doris Leuthard am Donnerstag das neue Tarifsystem vorgestellt hat – mit Pilotprojekt in der Rosenstadt.

Mobility-Pricing soll den Verkehrskollaps verhindern. Auch die Kosten sollen mit diesem Modell verursachergerecht abgerechnet werden. Das einfache Prinzip «Wer zu Spitzenzeiten auf attraktiven Strecken fährt, soll mehr bezahlen» ist aber in der Praxis kompliziert. Das zeigen die Meinungen der lokalen Politiker, zumal ihre Aussagen noch auf rudimentärem Wissen fussen. Niemand weiss, wie Mobility-Pricing umgesetzt werden soll.

«Bahnfinanzierung ungelöst»

FDP-Nationalrat Marcel Dobler findet: «Es ist eine prüfenswerte Idee, da Rapperswil-Jona beim jetzigen Verkehrswachstum über kurz oder lang auf einen Verkehrskollaps zusteuert.» Die Idee der Stadt, sich als Pilotprojekt für einen begrenzten Zeitraum zu bewerben, sei fortschrittlich. Noch gebe es allerdings zu viele Unklarheiten im Bezug auf die tatsächliche Umsetzung eines solchen Mobility-Pricing. «Es können diverse neue Ungerechtigkeiten entstehen», sagt Dobler. Schwierig werde es, wenn eine berufstätige Person, die zu festen Zeiten mit dem Zug pendeln muss, am Ende deutlich mehr bezahlen müsste, als jemand, der seine Reisezeit frei wählen kann.

Problematisch am heutigen Ansatz des Bundesrats sei zudem, dass er nur die Verkehrslenkung, nicht aber dessen Finanzierung, berücksichtige. «Jedes Bahnbillett deckt heute lediglich 50 Prozent der Kosten der SBB.» Weil auch die laufenden Ausgaben immer weiter stiegen, bedeute das, dass man das Finanzierungsproblem vor sich herschiebe und dieses immer grösser werde. Deshalb müsse laut Dobler auch die Diskussion, wie stark der Bahnverkehr in Zukunft von den Nicht-Bahnbenutzern finanziert wird, geführt werden.

«Es darf nicht mehr kosten»

Auch Doblens Parteikollege Rolf Dürr hält die Idee für prüfenswert. «In der Verkehrspolitik müssen wir offen sein für neue Ideen», sagt der Vizepräsident der FDP Rapperswil-Jona. Im Moment gebe es jedoch noch zu viele offene Fragen.

Gerade wenn Bauchef Thomas Furrer (parteilos) vom «See-



damm-Fünfliber» spreche, sei es wichtig, zu klären, wo dieses Geld den Bürgern wieder zugutekomme. «Das ganze darf am Ende nicht einfach mehr kosten.»

«Das System hat Anreize»

Dieser Meinung schliesst sich der Co-Präsident der SP Rapperswil-Jona, Daniel Kamm, an: «Die Gefahr des Mobility Pricings besteht darin, dass am Ende jene Menschen bluten, die es sich gar nicht leisten können.»

Das System könne aber durchaus ein Anreiz sein, weniger zu pendeln. Vor allem in den Zentren würde heute immer mehr hin und her gefahren, was langfristig zu einem wachsenden Problem werde, erklärt Kamm. «Hier braucht es unbedingt ein Umdenken in der Gesellschaft.»

«So ein Blödsinn»

Kritisch zeigt sich die SVP. «Über den Seedamm Gebühren bezahlen, so ein Blödsinn», sagt Hans Peter Rathgeb, Vorstandsmitglied der SVP Rapperswil-Jona. Noch mehr Gebühren würden nur die Pendler bestrafen, die sich jeden morgen rechtzeitig zur Arbeit begeben müssen. Eher müsse ein generelles Umdenken stattfinden. Für den öffentlichen Verkehr seien Modelle wie der

9-Uhr-Pass zudem besser, um die Tageszeiten ausserhalb der Hauptpendlerzeiten mehr auszulasten. «Ein Versuchsprojekt in Rapperswil-Jona soll wohl vom eigentlichen Problem ablenken.» An der Rütistrasse etwa seien Häuser bis an den Strassenrand geplant, was eine spätere Busspur verunmögliche. «Unser Stadtrat täte besser daran, endlich echte Lösungen zu suchen.»

«Der Seedamm eignet sich»

Restlos begeistert von der Idee der Stadt, sich als Testregion für das Mobility-Pricing-System zur Verfügung zu stellen, zeigt sich die GLP. «Der Seedamm eignet sich ausgezeichnet als Pilotprojekt», sagt Nils Rickert, Präsident der GLP Rapperswil-Jona. Er würde sich deshalb freuen, wenn der Pilotversuch tatsächlich zustande komme.

«Nichts zu verlieren»

Auch die CVP steht dem Mobility-Pricing positiv gegenüber: «Innovative Lösungen sind den Versuch wert», sagt Thomas Hofstetter, Präsident der CVP Rapperswil-Jona. Es sei denkbar, dass das System eine Entlastung bringe. Da es sich um einen Pilotversuch handle, habe man ohnehin nichts zu verlieren. Die UGS

war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

«Kontraproduktiv»

Keine gute Meinung von Mobility-Pricing in Rapperswil-Jona hat Max Rechsteiner. Der Altstadtrat (parteilos) hält es für den falschen Weg der Verkehrsleitung. «Dieses System verdrängt den Verkehr einfach auf die nächste Achse, aber er wird deshalb nicht weniger.»

Rechsteiner, der auch Initiant des Referendums gegen das Projekt St. Gallerstrasse Jona und Jona-Center ist, befürchtet, dass Rapperswil-Jona als Einkaufsplatz und für das Gewerbe unattraktiv werde, wenn der Seedamm mautpflichtig würde. «Das ist kontraproduktiv.» Der von Stadtrat Furrer vorgeschlagene «Seedamm-Fünfliber» käme einen Pendler auf 200 Franken pro Monat zu stehen.

«Nicht gewerbefreundlich»

Der Präsident von Gewerbe Rapperswil-Jona, Walter Kälin, ist ebenfalls wenig begeistert von Mobility Pricing. «Das ist keine Lösung, die wir super und cool finden.» Wie auch immer die Umsetzung der «Seedamm-Maut» funktionieren werde, werde sie das Gewerbe finanziell belasten.

«Eine «Seedamm-Maut» ist sicher nicht gewerbefreundlich», sagt er. Er könne sich vorstellen, dass es Opposition in Rapperswil-Jona gibt. Nicht nur das Gewerbe wäre benachteiligt, glaubt Kälin. Dann könne es durchaus sein, dass eine Volksabstimmung verlangt wird.

«Umfahrung notwendig»

Marcel Gasser vom überparteilichen Verein Verkehrslenkung Rapperswil-Jona (Verj) findet Mobility-Pricing grundsätzlich ein prüfenswertes Instrument. «Es ist ein Zukunftsmodell in einem Gesamtverkehrskonzept», sagt der Medienbeauftragte der Bürgerinitiative. Aber es sei höchstens eine flankierende Massnahme zur Linderung des Verkehrsproblems. Er hält es für eine Illusion, zu glauben, dass alleine Mobility-Pricing eine nachhaltige Verkehrslenkung bringe. «Es braucht zwingend eine Umfahrung der Stadt», sagt er. Die Arbeit an den Umfahrungsvarianten dürfen nun nicht wegen des Pilotversuchs vernachlässigt werden. Gasser sagt auch: «Der Stadtrat wäre gut beraten, wenn er zu Mobility-Pricing eine Volksbefragung machen würde, um den Puls an der Basis zu fühlen.»

Fabienne Sennhauser/
Christian Dietz-Saluz

MOBILITY-PRICING IN RAPPERSWIL-JONA BESCHÄFTIGT AUCH DEN KANTON ZÜRICH

Pilotversuch über Kantonsgrenzen

Der Pilotversuch für Mobility-Pricing in Rapperswil-Jona betrifft wegen des ZVV auch den Kanton Zürich. Da braucht es noch viele Abstimmungen.

Der Zürcher Regierungsrat spricht sich zwar grundsätzlich für Mobility-Pricing aus. Allerdings gab er in der Vernehmlassung vor einem Jahr Dutzende Ergänzungen ab und wies auf ungenügende Vorabklärungen hin. Was sich nun mit dem Bericht des Bundesrats geändert hat, ist laut Erich Wenzinger, Leiter Kommunikation der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion, offen: «Den am Donnerstag vorgestellten, definitiven Konzeptbericht müssen wir zuerst prü-

fen, um fundiert Stellung beziehen zu können.»

Die Durchführung eines Pilotprojekts erachtet Zürich als sinnvoll. «Wir werden die Resultate mit Interesse verfolgen», sagt Wenzinger. Der Kanton Zürich habe sich laut dem Mediensprecher wegen seiner Grösse und Komplexität des Verkehrssystems nicht als Testregion geeignet gesehen – im Gegensatz zu kleineren, isolierten Agglomerationsräumen. Zürich betrachtet Rapperswil-Jona also als valables Testfeld – mit einem Hindernis. Die Rosenstadt ist Teil des ZVV, liegt aber im Kanton St. Gallen – ein Interessenskonflikt? «Inwiefern der Probeauf den ZVV tangieren würde,

können wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen», teilt Wenzinger mit. «Um dies beurteilen zu können, muss der Bund zuerst sagen, wie er sich den Testlauf genau vorstellt und welche allfälligen Konsequenzen dies für den ZVV hat.»

Auch für die Verkehrsbetriebe Zürichsee und Oberland (VZO) wird der Pilotversuch zur Bewährungsprobe. Joe Schmid, der VZO-Marketingleiter, verweist auf die Verstrickung: «Die VZO betreiben den Stadtbus Rapperswil-Jona im Auftrag des Kantons St. Gallen. Die Hoheit über die Ticketpreise im Stadtbus liegen aber beim ZVV und beim Tarifverbund Ostwind.»

Christian Dietz-Saluz

WIE MOBILITY-PRICING FUNKTIONIERT

Mit App, Sensor und Erkennungskamera

Mobility-Pricing ist mehr als Road Pricing, bei dem nur Strassenfahrzeuge zur Kasse gebeten werden. Der Bundesrat setzt bewusst auch auf die Steuerung der Pendlerströme in öffentlichen Verkehrsmitteln. Während die Strassenmaut ohne Anhalten die Strassenmaut ohne Anhalten der Kontrollschilder längst bewährte Technik ist (Rechnung per Post oder Abbuchen eines Guthabens), ist die Sache bei Bus, Tram und Bahn komplizierter. Denn hier muss schlagartig ab einer Zonengrenze und zu einem bestimmten Zeitpunkt ein anderer Tarif auf das bereits gelöste Ticket verrechnet werden.

Wer also zur Hauptverkehrszeit von Eschenbach, Rütli, Einsiedeln oder Stäfa nach Rappers-

wil-Jona fährt, muss mehr zahlen, sobald er die Stadtgrenze erreicht. Holland führte im ganzen Land ein elektronisches ÖV-Billett-System ein. Es erlaubt die Registrierung des Ein- und Ausstiegs und so die Abbuchung der variablen Ticketpreise vom persönlichen Konto. In Singapur sind die Tarife für den ÖV zeitlich gestaffelt. Für alle Nutzer gibt es nicht nur elektronische Tickets, sondern auch Smartphone-Apps.

Auf Apps setzt teilweise auch die Südostbahn mit dem Bibo-System. «Be in, be out» registriert automatisch, wo die Fahrgäste ein- und aussteigen. Vom App auf dem Smartphone zur Abrechnung ist es nur noch ein kleiner technischer Schritt. di

Wahlen 2016

Gestern ist die Eingabefrist der Wahlvorschläge für die Gesamterneuerungswahlen vom 25. September in folgenden vier Gemeinden abgelaufen:

KALTBRUNN

Sechs Bewerber, vier Sitze

Der langjährige Gemeindepräsident Markus Schwizer (CVP) tritt zur Wiederwahl an, einen Herausforderer hat er nicht. Für den Gemeinderat gibt es zu viele, für die Geschäftsprüfungskommission (GPK) zu wenige Kandidierende: So sieht die vorläufige Situation in Kaltbrunn aus.

Für die vier Sitze im Gemeinderat bewerben sich sechs Personen. Darunter sind die beiden bisherigen Fredy Roos und Ruedi Gmür (beide SVP). Neu bewerben sich Daniela Brunner-Gmür (CVP), Roman Zahner (FDP), Mathé Ronner (SP) und André Eigenmann (parteilos) um einen Sitz im Gemeinderat. Für die 5-köpfige GPK kandidieren insgesamt vier Personen, darunter die bisherigen Willy Zahner (parteilos), Roland Rutz (SVP) und Cornelia Kurath-Eisenlohr. Neu bewirbt sich Martin Eberhard (CVP). Damit fehlt für die GPK ein Kandidierender. ep

SCHÄNIS

Vier Bewerber für das Schulpräsidium

Gemeindepräsident Herbert King (FDP) stellt sich zur Wiederwahl, einen Gegenkandidaten gibt es nicht. Für die fünf Sitze im Gemeinderat bewerben sich ebenso viele Kandidierende. Dazu gehören die bisherigen Martin Giger und Paul Schwitter (beide SVP), Martin Hämmerli (FDP) und Roger Minikus (SP) sowie neu der parteilose Meinrad Kälin.

Eine Kampfwahl zeichnet sich um das frei gewordene Schulpräsidium ab. Hier sind vier Wahlvorschläge eingegangen. Um das Amt kämpfen Dominik Gmür (SVP), Karl Reichenbach (CVP), Monika Schüpfer-Halter (parteilos) und Roland Züger (parteilos). Für die vier Sitze im Schulrat gibt es auch vier Bewerber: die beiden bisherigen Robert Fritsche (CVP) und Roland Züger (parteilos) und die neu kandidierenden Rolf Jud (CVP) und Claudia Zahner (parteilos). pku

BENKEN

Zweierticket fürs Gemeindepräsidium

Seit längerem ist bekannt, dass in Benken eine Nachfolge für den abtretenden Gemeindepräsidenten Roland Tremp (CVP) gewählt werden muss. Die Findungskommission präsentiert mit der amtierenden Vizegemeindepräsidentin Heidi Romer-Jud (CVP) und dem Bündner Reto Zampatti ein Zweierticket. Welche weiteren Kandidaturen für den Gemeinderat, den Schulrat und die Geschäftsprüfungskommissionen von Politischer Gemeinde und Schule eingegangen sind, gibt die Gemeinde nächste Woche bekannt. pku

ESCHENBACH

Blöchliger will nochmals

Der langjährige Gemeindepräsident Josef Blöchliger (CVP) tritt zur Wiederwahl an. Die weiteren eingegangenen Wahlvorschläge für die fünf Mitglieder des Gemeinderates, das Schulpräsidium und die fünf Mitglieder des Schulrates gibt die Gemeinde nächste Woche bekannt. pku